

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	5
Vorwort des Autors	7
Abkürzungsverzeichnis	21
 I. EINLEITUNG	 25
 II. ENTSTEHUNGSHINTERGRÜNDE.....	 30
A. Historische Genese der P2B-VO	30
B. Wirtschaftswissenschaftliche Hintergründe der Regelungsanliegen der P2B-VO	31
1. Natürliche Monopolbildung durch subadditive Produktionsbedingungen	31
2. Netzwerkeffekte internetbasierter Plattformen	33
 III. ANWENDUNGSBEREICH DER P2B-VO	 35
A. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	35
B. Räumlicher Anwendungsbereich	36
1. Irrelevanz des Ortes der Niederlassung und des Sitzes der Plattformbetreiber	36
2. Relevanz des Ortes der Niederlassung oder des Wohnsitzes der professionell organisierten Nutzer.....	37
3. Gebot des „Ausrichtens“ auf Verbraucher	38
a. Adressaten dieses Tatbestandsmerkmals.....	38
b. Fallbeispiele aus dem Internationalen Zivilverfahrens- und Privatrecht	40
c. Einschränkungen durch die Geoblocking-VO	41
4. Zwischenfazit	44
C. Persönlich-sachlicher Anwendungsbereich.....	44
1. Überblick über die erfassten Personengruppen.....	44
2. Plattformbetreiber im weiteren Sinn.....	46
a. Relevanz der Unterscheidung zwischen Online- Vermittlungsdiensten und Online-Suchmaschinen	46
b. Online-Vermittlungsdienste	46
aa. Dienst der Informationsgesellschaft	46
bb. Vermittlung von Vertragsschlüssen zwischen gewerblichen Nutzern und Verbrauchern.....	49

cc. Vertragsbasierte Vermittlungstätigkeit	54
dd. Zusammenfassung der Voraussetzungen anhand von Fallgruppen.....	58
c. Online-Suchmaschinen.....	60
aa. Auslegung der Legaldefinition.....	60
bb. Abgrenzung der Online-Suchmaschinen von nicht erfassten Suchfunktionen	60
cc. Google als faktischer Regelungsadressat	61
d. Ausgeschlossene Online-Dienstleister	61
aa. Online-Zahlungsdienste, Online-Werbeinstrumente und Online-Werbebörsen	61
bb. C2C-Plattformen	62
3. Professionell organisierte Nutzer der Online-Plattformen im weiteren Sinn	64
a. Gewerbliche Nutzer.....	64
aa. Allgemeines zur Deutung der Legaldefinition	64
bb. Eingliederung in den unionssekundärrechtlichen Unternehmerbegriff.....	64
cc. Gleichzeitige Eigenschaft als gewerblicher Nutzer und Arbeitnehmer	65
dd. Abwicklungs- und Vorbereitungsgeschäfte.....	68
b. Nutzer mit Unternehmenswebsite	69
aa. Legaldefinition	69
bb. Parallelen und Unterschiede zur Legaldefinition des gewerblichen Nutzers	69
cc. Anbieten von Waren oder Dienstleistungen über Unternehmenswebsites	70
dd. Auffindbarkeit der Unternehmenswebsite in Online-Suchmaschinen	71
ee. Irrelevanz des Vorliegens eines Vertragsverhältnisses mit dem Anbieter von Online-Suchmaschinen	72
IV. GRUNDLEGENDE ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG VON AGB (ART 3 P2B-VO)	73
A. Anwendungsbereich, Regelungsgehalt und Normzweck.....	73
B. Mindestanforderungen des Art 3 Abs 1 P2B-VO an die AGB-Gestaltung.....	76
1. Struktur der Norm	76
2. Transparenzgebot zugunsten gewerblicher Nutzer (Art 3 Abs 1 lit a P2B-VO).....	76

a. Das Verbraucherrecht als Inspirationsquelle für das Transparenzgebot der P2B-VO	76
b. Grundsatzfragen zur Transparenz der AGB-Klauseln in der Plattformökonomie	78
aa. Reduktion des Transparenzmaßstabes gegenüber Verbrauchergeschäften	78
bb. Abstellen auf den durchschnittlichen gewerblichen Nutzer	81
cc. Auslegungsprinzipien samt Exkurs zum Kollisionsrecht des P2B-Rechtsverhältnisses	83
c. Detailfragen zu den Erscheinungsformen intransparenter AGB-Klauseln in der Plattformökonomie	88
aa. Allgemeines zur Phänomenologie intransparenter Klauseln	88
bb. Erfordernis der Klarheit und Verständlichkeit	90
cc. Erfordernis der Erteilung von Hinweisen auf bestimmte Rechtsfolgen	92
dd. Erfordernis der Bestimmtheit	93
ee. Erfordernis der Differenzierung	94
ff. Erfordernis der Richtigkeit	95
gg. Erfordernis der Vollständigkeit	97
3. Leichte Verfügbarkeit der AGB (Art 3 Abs 1 lit b P2B-VO)	100
4. Benennung der Gründe für Einschränkung, Aussetzung und Beendigung von Vermittlungsdiensten (Art 3 Abs 1 lit c P2B-VO)	101
a. Regelungsgehalt und Normzweck	101
b. Anwendbarkeit des Transparenzgebotes	103
5. Informationen über zusätzliche Vertriebskanäle und Partnerprogramme (Art 3 Abs 1 lit d P2B-VO)	103
6. Informationen betreffend die Inhaberschaft und Kontrolle von geistigen Eigentumsrechten (Art 3 Abs 1 lit e P2B-VO)	104
a. Regelungsgegenstand und Normzweck	104
b. Erfasste Ausprägungen geistigen Eigentums	105
c. Ausmaß der Informationspflicht	106
d. Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Informationspflicht	107
C. Modalitäten der Änderung bestehender AGB (Art 3 Abs 2 P2B-VO)	107
1. Struktur und Regelungsgehalt	107
2. Informationspflicht des Anbieters von Online- Vermittlungsdiensten (Art 3 Abs 2 UAbs 1 P2B-VO)	108
3. Übergangsfrist vor Wirksamwerden der Änderungen (Art 3 Abs 2 UAbs 2 P2B-VO)	109

a.	Anwendungsbereich	109
aa.	Grundsätzliche Geltung bei Änderungen von AGB	109
bb.	Fristentfall bei dringend gebotener Erfüllung gesetzlicher oder behördlicher Verpflichtungen (Art 3 Abs 4 lit a P2B-VO)	109
cc.	Fristentfall zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren (Art 3 Abs 4 lit b P2B-VO)	112
b.	Dauer der Frist.....	113
c.	Beginn des Fristenlaufs	113
d.	Ende des Fristenlaufs	114
4.	Außerordentliches Kündigungsrecht des gewerblichen Nutzers (Art 3 Abs 2 UAbs 3 P2B-VO).....	114
5.	Verzichtsmöglichkeit des gewerblichen Nutzers auf die Übergangsfrist (Art 3 Abs 2 UAbs 4 P2B-VO)	116
6.	Einwilligungsfiktion durch Einstellen neuer Waren oder Dienstleistungen (Art 3 Abs 2 UAbs 5 P2B-VO).....	116
D.	Rechtsfolgen des Verstoßes gegen die AGB-Vorschriften der P2B-VO (Art 3 Abs 3 P2B-VO).....	118
1.	Vorbemerkungen: Die verbraucherrechtliche Ausgangslage im Überblick	118
a.	Herausforderungen des Umgangs mit der EuGH-Judikatur.....	118
b.	Verbot der geltungserhaltenden Reduktion missbräuchlicher AGB-Klauseln durch den EuGH als Stein des Diskussionsanstoßes	119
c.	(Un-)Zulässigkeit der Lückenfüllung durch dispositives Recht nach der Nichtigerklärung missbräuchlicher AGB-Klauseln?.....	120
d.	(Un-)Zulässigkeit der Lückenfüllung durch ergänzende Vertragsauslegung nach der Nichtigerklärung missbräuchlicher AGB-Klauseln?	123
e.	Übertragbarkeit der EuGH-Judikatur zu missbräuchlichen AGB-Klauseln auf intransparente AGB-Klauseln?	125
2.	Rechtsfolgen des Einsatzes unzulässiger AGB-Klauseln im Anwendungsbereich der P2B-VO	126
a.	Anwendungsbereich der Norm und Regelungsgehalt	126
b.	Keine geltungserhaltende Reduktion unzulässiger AGB-Klauseln	128
c.	Wirkung der Gesamtnichtigkeit ex tunc und erga omnes	128
d.	Keine Gesamtnichtigkeit unbedenklicher AGB-Klauseln	129
e.	Lückenfüllung durch dispositives nationales Recht oder ergänzende Vertragsauslegung?.....	130
E.	Sicherstellung der klaren Erkennbarkeit der Identität der gewerblichen Nutzer	132

V. MODALITÄTEN DER EINSCHRÄNKUNG, AUSSETZUNG UND BEENDIGUNG DER BEREITSTELLUNG VON PLATTFORMDIENSTEN (ART 4 P2B-VO)	136
A. Anwendungsbereich, Regelungsgehalt und Normzweck	136
B. Einschränkung und Aussetzung der Vermittlungsdienstleistungen	137
C. Beendigung (Kündigung) des Nutzungsvertrages	139
1. Verhältnis der Kündigungstatbestände zum einseitigen Leistungsänderungsrecht	139
2. Ordentliche Kündigung	141
3. Außerordentliche Kündigung	141
D. Inhalt der Begründungspflicht	143
E. Folgen der Rückgängigmachung der Entscheidung des Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten	145
VI. ANGABE DER RANKINGPARAMETER (ART 5 P2B-VO)	147
A. Allgemeines zum Einsatz von Rankings in der Plattformökonomie	147
1. Rechtliche Erfassung der Rankings in der P2B-VO	147
2. Wirtschaftsinformatische Grundlagen des Rankings von Suchergebnissen	149
3. Exkurs: Gewerberechtliche Aspekte professioneller Suchmaschinenoptimierung	151
B. Inhalt der Offenlegungspflicht nach Art 5 P2B-VO	152
1. Versuch der Umschreibung der offenzulegenden Rankingparameter	152
2. Abgrenzung der offenzulegenden Rankingparameter von geheimhaltbaren Algorithmen	154
3. Bedeutung der Leitlinien der Europäischen Kommission	157
C. Modalitäten der Erfüllung der Offenlegungspflicht nach Art 5 P2B-VO	157
1. Unterschiede zwischen Anbietern von Online-Vermittlungsdiensten und Anbietern von Online-Suchmaschinen	157
2. Pflicht der Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten zur Einbeziehung der geschuldeten Informationen in AGB	158
3. Pflicht der Anbieter von Online-Suchmaschinen zur einfachen und öffentlichen Zugänglichmachung der geschuldeten Informationen	158
4. Verbleibende Transparenzlücken	160

VII. ANGEBOT VON NEBENPRODUKTEN	
(ART 6 P2B-VO)	162
A. Anwendungsbereich, Regelungsgehalt und Normzweck	162
B. Nebenwaren und Nebendienstleistungen	164
 VIII. DIFFERENZIERTE BEHANDLUNG	
VERFÜGBARER WAREN UND/ODER	
DIENSTLEISTUNGEN (ART 7 P2B-VO)	165
A. Regelungsgehalt und Normzweck	165
B. Anwendungsbereich und Tatbestandselemente	166
1. Offenlegungspflichten von Anbietern	
von Online-Vermittlungsdiensten.....	166
a. Fusionskontrollrechtliche Gruppenbildung	166
b. Erscheinungsformen differenzierter Behandlungen	168
2. Offenlegungspflichten von Anbietern	
von Online-Suchmaschinen.....	170
C. Inhalt der Offenlegungspflicht (Art 7 Abs 3 P2B-VO)	171
1. Allgemeines zu den Inhalten der Offenlegungspflicht	171
2. Die gegebenenfalls offenzulegenden Informationsgruppen	
im Einzelnen	171
a. Zugang zu generierten Userdaten.....	171
b. Rankingmechanismen	173
c. Entgelte für die Nutzung der Plattformleistungen.....	174
d. Zugang zu mit der Nutzung der Plattformleistungen	
zusammenhängenden Diensten	174
D. Modalitäten der Erfüllung der Offenlegungspflicht	176
1. Form der Offenlegung	176
a. Offenlegung durch Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten	176
b. Offenlegung durch Anbieter von Online-Suchmaschinen	176
2. Gebotene Intensität der Erläuterungen.....	177
 IX. BESONDERE GEBOTE UND VERBOTE	
DER AGB-AUSGESTALTUNG (ART 8 P2B-VO)	180
A. Anwendungsbereich, Regelungsgehalt und Normzweck	180
B. Die Anforderungen an die AGB-Ausgestaltung im Einzelnen	180
1. Verbot der rückwirkenden Änderung der AGB	180
a. Grundregel.....	180
b. Ausnahmetatbestände.....	181

2. Gebot der Offenlegung der Kündigungsmöglichkeiten gewerblicher Nutzer.....	185
a. Allgemeines	185
b. Sachlicher Gegenstand der Offenlegungspflicht.....	185
c. Inhaltliches Ausmaß der Offenlegungspflicht.....	187
d. Erfasst Art 8 lit b P2B-VO auch Vertragsbefristungen?.....	187
3. Gebot zur Offenlegung der Datenzugriffsmöglichkeiten nach Vertragsbeendigung	188
a. Allgemeines	188
b. Sachlicher Gegenstand der Offenlegungspflicht.....	189
c. Inhaltliches Ausmaß der Offenlegungspflicht.....	189
 X. DATENZUGANG (ART 9 P2B-VO).....	191
A. Anwendungsbereich, Regelungsgehalt und Normzweck	191
B. Die datenbezogenen Offenlegungspflichten des Art 9 P2B-VO im Einzelnen	193
1. Zugang des Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten zu Daten von gewerblichen Nutzern und Verbrauchern (Art 9 Abs 2 lit a P2B-VO)	193
2. Zugang des gewerblichen Nutzers zu seinen eigenen Daten (Art 9 Abs 2 lit b P2B-VO)	194
3. Zugang des gewerblichen Nutzers zu sonstigen Daten (Art 9 Abs 2 lit c P2B-VO)	195
4. Zugang Dritter zu den Daten von gewerblichen Nutzern und Verbrauchern (Art 9 Abs 2 lit d P2B-VO)	195
C. Gebotenes Ausmaß der Informationserteilung	196
 XI. VERTRIEBSBESCHRÄNKUNGEN DURCH BESTPREISKLAUSELN (ART 10 P2B-VO).....	198
A. Regelungsgehalt und Normzweck.....	198
B. Anwendungsbereich der Offenlegungspflicht.....	200
1. Persönlicher Anwendungsbereich.....	200
2. Sachlicher Anwendungsbereich.....	200
a. Inhalte der von Art 10 P2B-VO erfassten Einschränkungen.....	200
b. Arten von Einschränkungen iSd Art 10 Abs 1 P2B-VO	202
C. Inhalt der Offenlegungspflicht.....	203
D. Modalitäten der Erfüllung der Offenlegungspflicht	203

E. Rechtsfolgen der Verletzung der Offenlegungspflicht	204
1. Sanktionsmechanismen der P2B-VO	204
2. Sanktionsmechanismen der österreichischen Rechtsordnung	205
 XII. ALTERNATIVE STREITBEILEGUNG (ART 11–13 P2B-VO)...	207
A. Zweigleisiger Regelungsansatz der P2B-VO	207
B. Internes Beschwerdemanagementsystem (Art 11 P2B-VO)	208
1. Persönlicher Anwendungsbereich	208
a. Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten als Beschwerdeempfänger	208
b. Gewerbliche Nutzer als Beschwerdeführer	209
2. Grundvoraussetzungen des internen Beschwerdemanagementsystems	210
a. Regelungsziele	210
b. Leicht zugängliche Beschwerdeführung beim betreffenden Anbieter	210
c. Leitgrundsätze der Bearbeitung eingelangter Beschwerden	212
d. Eignung zur Bewältigung einer hohen Anzahl an Beschwerden ...	213
3. Beschwerdegründe	214
a. Individuelle Betroffenheit des gewerblichen Nutzers als allgemeine Voraussetzung	214
b. Die Beschwerdegründe im Einzelnen	214
aa. Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den Beschwerdegründen	214
bb. Grund 1: Nichteinhaltung von Pflichten durch den Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten	216
cc. Grund 2: Technische Probleme bei der Bereitstellung von Online-Vermittlungsdiensten	216
dd. Grund 3: Maßnahmen und Verhaltensweisen des Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten mit Auswirkung auf deren Bereitstellung	217
4. Beschwerdewirkung	218
a. Auswirkungen auf bereits getroffene Maßnahmen	218
b. Auswirkungen auf die Prozessführung vor staatlichen Gerichten	218
c. Auswirkungen des Antwortschreibens des Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten	219
5. Pflichtenprogramm des Anbieters von Online- Vermittlungsdiensten nach dem Eingang von Beschwerden	220
a. Auslegungsmaxime bei der Konkretisierung des Pflichtenprogramms	220

b. Pflicht zur Prüfung und allfälligen Bearbeitung eingelangter Beschwerden	220
c. Pflicht zur zügigen und wirksamen Bearbeitung substanzieller Beschwerden.....	221
d. Pflicht zur Information des Beschwerdeführers über den Verfahrensausgang.....	222
6. Transparenzpflichten des Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten	224
a. Hinweis auf Existenz und Inhalt des internen Beschwerdemanagementsystems.....	224
b. Veröffentlichung von Informationen zur Funktionsweise und Wirksamkeit des internen Beschwerdemanagementsystems	225
C. Mediationsverfahren (Art 12, 13 P2B-VO)	228
1. Persönlicher Anwendungsbereich.....	228
2. Pflicht des Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten zur Angabe geeigneter Mediatoren	228
a. Qualitative Anforderungen.....	228
b. Quantitative Anforderungen.....	230
c. Erfasste Streitigkeiten	230
d. Modalitäten der Erfüllung der Benennungspflicht.....	230
3. Anforderungen an die Eignung der benannten Mediatoren	231
a. Auswirkungen der Qualitätsanforderungen auf die Benennungspflicht	231
b. Qualitätsanforderung des Art 12 Abs 1 UAbs 2 P2B-VO	231
c. Qualitätsanforderungen des Art 12 Abs 2 P2B-VO.....	232
aa. Kumulative Berücksichtigung von sechs Qualitätskriterien ..	232
bb. Unparteilichkeit und Unabhängigkeit.....	232
cc. Erschwinglichkeit der Mediationsdienstleistungen	233
dd. Beherrschung der Vertragssprache	234
ee. Leichte Erreichbarkeit	235
ff. Bereitschaft zur unverzüglichen Mediationsdienstleistungserbringung	235
gg. Ausreichendes Verständnis von unternehmerischen Geschäftsbeziehungen	236
4. Grundzüge des Mediationsverfahrens.....	236
5. Verhaltenspflichten der Mediationsbeteiligten	238
a. Teilnahmeverpflichtung der Streitparteien?.....	238
b. Keine Pflicht zur gütlichen Streitbeilegung	240
6. Verteilung der Kosten des Mediationsverfahrens auf die Mediationsparteien	240
a. Herausforderungen der Auslegung des Normtexts.....	240
b. Schuldner der Mediationskosten.....	241

c. Zeitpunkt der Festsetzung der Höhe und Aufteilung der Mediationskosten	242
d. Faktoren für die Erstellung des Kostentragungsvorschlages	243
aa. Erfolgswahrscheinlichkeit der Begehren bei hypothetischer Prozessführung	243
bb. Verhalten der Mediationsparteien	244
cc. Größe und Finanzstärke der Mediationsparteien	244
e. Rechtsschutz gegen die Bestimmung des Kostentragungsschlüssels durch den Mediator	245
7. Transparenzpflichten des Anbieters von Online-Vermittlungsdiensten.....	246
8. Aufforderung zur Gründung von auf plattformbezogene Streitbeilegung spezialisierten Organisationen (Art 13 P2B-VO)	248

XIII. KOLLEKTIVER RECHTSSCHUTZ

DURCH VERBANDSKLAGE (ART 14 P2B-VO)	249
A. Aktivlegitimation zur Erhebung einer Verbandsklage	249
1. Erfasste und ausgeschlossene Rechtsschutzinteressen.....	249
a. Privatrechtlich und hoheitlich eingerichtete Interessenvertreter ...	249
b. Verbraucherschutzinstitutionen	250
c. Individuen.....	250
2. Organisationen und Verbände.....	252
a. Objektive Aktivlegitimationsvoraussetzungen (Art 14 Abs 3 P2B-VO).....	252
aa. Allgemeines	252
bb. Einhaltung der Gründungsvoraussetzungen.....	252
cc. Dauerhafte Interessenvertretung	253
dd. Keine Gewinnerzielungsabsicht.....	254
ee. Unabhängigkeit von Drittgeldgebern.....	254
b. Subjektive Aktivlegitimationsvoraussetzung.....	254
c. Pflicht zur Offenlegung der Mitglieder und Finanzierungsquellen	255
d. Eintragung im Verzeichnis der Europäischen Kommission.....	256
aa. Aufnahmevoraussetzungen	256
bb. Rechtsfolge	258
3. Öffentliche Stellen der EU-Mitgliedstaaten	258
a. Aktivlegitimationsvoraussetzungen.....	258
b. Rechtsposition	259
B. Inhalt der Verbandsklage	260
C. Rechtsfolgen der Klagsstattgabe	261
D. Register sanktionierter Verstöße gegen die P2B-VO	262

E. Exkurs: Internationale Zuständigkeit bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	264
1. Sitz des Beklagten in der EU	264
a. Anwendbarkeit der Brüssel Ia-VO (EuGVVO 2012)	264
b. Anwendung des Vertrags- und/oder Deliktsgerichtsstands?	266
c. Abschluss ausschließlicher Gerichtsstandsvereinbarungen	267
2. Sitz des Beklagten in Island, Norwegen oder der Schweiz.....	268
3. Sitz des Beklagten in anderen Staaten („Drittstaaten“)	268
 XIV. VERPFLICHTUNG DER EU-MITGLIEDSTAATEN ZUR SICHERSTELLUNG DER DURCHSETZUNG DER P2B-VO ..	 270
A. Vorgaben der P2B-VO für administrative und gerichtliche Rechtsdurchsetzungsinstrumente	270
B. Nationale Regelungen zur Durchsetzung der P2B-VO in Österreich	272
 XV. ÜBERWACHUNG UND ÜBERPRÜFUNG DER AUSWIRKUNGEN DER P2B-VO AUF DIE PLATTFORMÖKONOMIE DURCH DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION.....	 274
A. Regelungsstruktur.....	274
B. Monitoring der Auswirkungen der P2B-VO auf die Rechtsrealität	274
C. Berichtspflichten der Europäischen Kommission	275
 XVI. AUFFORDERUNG ZUR IMPLEMENTIERUNG VON VERHALTENSKODIZES	 278
 XVII. ABSCHLIEßENDE WÜRDIGUNG DER REGULATIONSANSÄTZE DER P2B-VO.....	 280
 XVIII. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE	 284
A. Anwendungsbereich der P2B-VO	284
B. Transparenzgebot.....	286
C. Sonstiges AGB-Recht von materiellem Regelungscharakter.....	288
D. Leistungsänderungs- und Vertragsbeendigungsrechte der Plattformbetreiber.....	290
E. Offenlegungspflichten von Plattformbetreibern.....	291

F. Alternative Streitbeilegung	293
G. Gerichtliche und administrative Rechtsdurchsetzung	295
H. Zukunft der P2B-VO	297
 XIX. QUELLENVERZEICHNISSE.....	 298
A. Literaturverzeichnis	298
B. Judikaturverzeichnis	314
1. Unionseuropäische Judikatur	314
2. Österreichische Judikatur	315
3. Deutsche Judikatur	318
 Stichwortverzeichnis	 319
Anhang: P2B-VO	323